

Erheben wöchentlich fünfmal. Illustrierte Gratis-Wochenblätter: „Der Weltbicegel“, „Roden-
biene“ mit „Kunstbienen“, „Zehnische Blumend“, „Sportbicegel“, „V.L.K.“, „Haus Hof
Garten“ mit „Hausbicegel“, „Die große Wut“, Preispreis: wöchentlich 1,20 monatlich 5,00 J.A.



Unterarten und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Scudermass
Straße 46/48, Filialen: Leipziger Straße 100; Potsdamer Straße 50; Zimmerstraße 59; Altilstraße 56/57;
Vollender Straße 68; Schöneburger Allee 14; Neuhagen; Rindlerer Straße 6/7/8; Stalderstraße
Straße 3; Kurmärker Straße 6; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Große Hamburger Straße 101; Frank-
furter Allee 298 und 348; Mühlgraben 69; Fildinstraße 16; Wiener Straße 16; Ortelstraße Straße 197;
Fennelstr. 1; Müllerstr. 138; Weite 41; Albiner Straße 79; Gieselerstraße; Sauerbrunnstr. 2; Bunt-
straße 4; Scharrerstr. 39; Albiner Straße 25/26; Antiedamm 20; Friebrunnstr. 18; Solente-
Grundwald; Penteleienstraße; Frankfurter Allee 241; Lichterfeld-Weg; Cerillstr. 12; Weite 12;
Berliner Straße 41; Hermannstr. 86/84; Kaiser-Friedrich-Str. 27/28; Bismarck-Str. 1;
Schmargendorf; Weite Str. 3; Schönberg; Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Ceglitz; Albrechtstr. 130;
Grenz-Beiliner Str. 12; Tempelhofer Straße 147; Prenzlauer Straße 17; Weite 12; Weite 12;
Bismarckstr. 11; Altilstraße 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. S.; Bismarck-Str. 4; Brauns-
schweig; Ctr. 21/22; Cöpenick; Gieselerstr. 1; Frankfurt a. O.; Regierungstr. 4a; Niesebornstraße;
Brüderstr. 22; Potsdam; Brandenburger Str. 3; Spandau; Weite Str. 47; Steint; Wölgelstr. 34.
Druck und Verlag: Rudolf Hoffe in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

55. Jahrgang
Sonntag, 30. Januar 1926

Nr. 50
Ausgabe für Berlin

Domers Kampf um das Finanzgesetz.

Heute Schluß der Generaldebatte.
Briland hält sich zurück.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Januar.
Die Kammer beriet heute vormittag über die Bewilligung eines
provisorischen Budgetzwölffels für den Monat Fe-
bruar. Für die Einberufung der Reservisten ist vom
Kriegsminister ein Kredit von 41 Millionen verlangt worden. Der
Abgeordnete Simon Reynaud schlug vor, über diesen Kredit erst
zu beraten, wenn die neue Militärvorlage Painlevés angenommen
worden sei. Der Vorsitzende der Gesamtkommission, Oberst Girod,
regte ein Kompromiß an: der Kredit für die Reservisten sollte als
Sondervorlage beraten werden, um die übrige Diskussion nicht auf-
zuhalten. Diefem Antrag widersprach heftig der Deputierte
Jean Jaurès, der daran erinnerte, daß die Kammer
bereits wiederholt den Kredit für die Einberufung der
Reservisten abgelehnt habe. Der Kriegsminister Painlevé
erklärte sich bereit, den Vorschlag Reynauds anzunehmen, hielt aber
eine lange Debatte für überflüssig, da er bereits heute oder morgen
einen Entwurf für die Einberufung der Reservisten im Juni
und August einbringen gedenke. Diese Vorlage würde erst in der zweiten
hälfte des Februar zur Beratung gelangen. Darauf zog Simon Rey-
naud seinen Antrag zurück und der für Februar verlangte Kredit
von 41 Millionen wurde gestrichen.
Bei der Eröffnung der Nachmittags Sitzung teilte der Präsident mit,
daß Brunet, Dubris, Rainade, Vedour, Léon Blum und Emile Porel
auf das Wort verzichtet haben. (Beifall.) Danach setzte der Sozialist
Vincent Auriant die gestern begonnene Rede fort. Er erklärte, daß er
den Regierungsvorschlag bekämpfe, weil dieser Vor-
schlag eine inflationistische Tendenz hat. Die Kursent-
wertung müsse bekämpft werden durch Preiscehau, durch
Verzicht auf ungedeckte Steuererhöhung, durch
Entlastung des Budgets. Nur ein System gebe es, um dieses
alles zu erreichen: die einmalige Vermögensabgabe. (Beifall
auf der Bank.) Die Lage kann nur gerettet werden, wenn eine
entschlossene und zu Reformen bereit Mehrheit mit einer
starken und entschlossenen Regierung zusammenarbeitet.
(Großer Beifall links.) Ihnen, Herr Ministerpräsident, kommt es zu,
zu entscheiden, ob diese einzige Rettung verliert werden soll oder nicht.
(Neuer Beifall links.) Im Jahre 1921 haben Sie es gewagt, eine
Politik der Linken mit der Mehrheit der Rechten
anzubahnen; heute verlangen einige Ihrer Ratgeber, daß Sie es un-
gekehrt machen sollen. Werden Sie auf diese schließlichen Rat-
schläge hören? Sie haben den Mut gehabt, die Wollen des Hafes zu ver-
drängen, die nach dem Kriege den Horizont der Wölfer verdunkelten.
Hätten Sie es für schwerer, mit dem Goismus einiger be-
vorzugter Klassen fertig zu werden als mit dem Haß der
Wölfer? Sie, Herr Ministerpräsident, haben sich ein großes Vertrauen

erworben. Sie sind der Mann dazu, diesen Kampf zu führen und den
Sieg zu erringen. Wir alle glauben, daß Sie dies können, aber wir
wissen nicht, ob Sie es auch wollen werden.“
(Großer Beifall der ganzen Bank.)
Der Finanzminister Doumer kommt auf die Tribüne. Er
findet keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem Entwurf der
Regierung und dem des Kartells, höchstens einen Unterschied
im Urteil. Er ist nicht so optimistisch in der Abschätzung der finan-
ziellen Lage. Man dürfe das Land nicht durch lödende
Projekte zu falschen Hoffnungen führen. (Beifall rechts.)
„Gewiß“, sagt der Minister, „ist noch Geld im Staatsfchat, aber
wenn eine neue Krise eintritt und der Franc noch weiter
fällt, wird dieses Geld bald aufgebraucht werden. Es
müßte jetzt mit den Anstrengungen ernst gemacht werden, halbe Mittel
reichen nicht mehr aus. Was bedeutet es, fortwährend zu sagen,
daß die Theorien über das Steuerhftem sich bekämpfen? 71 Prozent
direkte Steuern und 29 Prozent indirekte Steuern — ist das keine
demokratische Verteilung?“ (Beifall in der Mitte.) Der Finanz-
minister erklärt, daß zunächst einmal das Budget aus-
geglichen, dann der Franc durch die Rückzahlung der Vor-
schüsse an die Bank stabilisiert und die schwebende Schuld
getilgt werden müsse. Er tritt im Gegenfatz zum Wunsch da-
für ein, daß die im Dezember bewilligten Steuern in Höhe von
3 Milliarden in das Budget eingelegt werden.
Doumer ist nicht mehr auf ein Sonderbudget gefest werden müssen.
Doumer ist der Meinung, daß man von einer Verschärfung der
Steuerkontrolle nicht viel zu erwarten habe. Er erklärt dann,
wie er dazu kam, die Zahlungssteuer vorzuschlagen, die 3800
Millionen einbringen werde. Der Kleinhandel könne von dieser
Steuer befreit werden, wie in Belgien. Mit diesem System könnte
man schließlich in kurzer Zeit die Umsatzsteuer abschaffen.
Die obligatorische Steuererklärung für alle Bürger, wie
sie von der Finanzkommission vorgeschlagen wurde, lehnt der
Finanzminister ab, da sie die Arbeit der Finanzverwaltung
zu sehr erschweren würde. Ebenso wendet er sich aus demselben
Grunde gegen die Reform der Wertpapiere, wonach die
auf den Inhaber lautenden Papiere in Indossament umgewandelt
werden sollen. Für diese Operation wären allein 15 000 Beamte nötig.
Das dauert viel zu lange. Der Finanzminister schließt: „Wir dürfen
uns in wenigen Monaten nicht einer neuen Inflation
gegenübersehen, die neues Geld und neue Arbeitslosigkeit zur Folge
haben würde. Wir bitten Sie, eine solche Gefahr abzuwenden.“
(Großer Beifall rechts, im Zentrum und auf einigen Banken der Bank.)
Nach einer Rede des Oppositionellen Gerard wird die Fort-
setzung der Debatte auf Sonnabend nachmittag vertagt.
Der Vorsitzende des Finanzausschusses erklärt, daß er in Lieber-
einstimmung mit der Regierung morgen abend den Schluß der
Generaldebatte verlangen werde. Die Einzelberatung
soll am Dienstag beginnen, womit der Finanzminister Doumer
sich einverstanden erklärt.

Zeitgedanken der Strafrechtsreform

Genen unberechtigte Kritik.
Von (Schadbruch verboten.)
Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer (Leipzig).
In der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 29.,
30. und 31. Dezember v. J. veröffentlichte Professor Dr. Oetker
in Würzburg unter den Ueberschriften: „Strafjustiz oder
Sicherungsrecht“, „Beschränkung nach dem Maß der Schuld“,
„Eine Entwertung der Strafjustiz“, mit dem gemeinsamen
Untertitel „Die Deutsche Strafrechtliche Gesellschaft“ drei Auf-
sätze, in denen er sich in scharfer Weise nicht etwa nur gegen
Einzelheiten, sondern gegen die ganze Tendenz des zurzeit
dem Reichstage vorliegenden Entwurfs eines Allgemeinen
deutschen Strafgesetzbuches wendet. Seine Ausführungen er-
scheinen geeignet, insbesondere in Laienkreisen, eine
falsche Vorstellung von den Zielen und Zwecken der
Strafrechtsreform und des Entwurfs — im folgenden kurz
als Entwurf 25 bezeichnet — zu erwecken und dürfen deshalb
nicht un widerprochen bleiben. Oetker teilt zunächst mit, daß
am 6. Juni 1925 in Würzburg die Deutsche strafrechtliche Ge-
sellschaft gegründet wurde, die „auf dem Boden der geschicht-
lich bewährten und verfassungsmäßig begründeten Rechts-
strafe steht und unter Ablehnung schrankenlosen richterlichen
Ermessens zur Bekämpfung der Kriminalität neben den
Strafen und von ihnen geschiedenen vorbeugenden Maßnahmen
für geboten erachtet“ und aus dem Entwurf 25 die erste Be-
sorgung herleitet, daß „die Reichsgesetzgebung die bisherige
Tradition unserer nationalen Strafrechtsentwicklung zu ver-
lassen beabsichtigt“. „Die Idee der Gerechtigkeit, wie sie in
der bindend geregelten Rechtsstrafe zum Ausdruck komme,
werde beeinträchtigt, wenn Maßnahmen vorgeschlagen wür-
den, die in mancher Beziehung einen Rückfall in polizeistat-
tische Verhältnisse bringen müßten und durch ein fast schran-
kenloses richterliches Ermessen die Gleichmäßigkeit der Rechts-
ausübung in Frage gestellt werde“. „Sehen wir zu, wie weit
diese schweren Vorwürfe, die hier dem Entwurf 25 gemacht
werden: „Verlassen der bisherigen Tradition unserer nation-
alen Strafrechtsentwicklung“, „Beinträchtigung der Idee
der Gerechtigkeit durch Aufgabe der Rechtsstrafe“ und „Rück-
fall in polizeistatliche Verhältnisse“ gerechtfertigt erscheinen.
Oetker beklagt sich zunächst darüber, daß die neue Vereins-
gründung vielfach auf schlecht verhehltes oder offen aus-
gesprochenes Mißbehagen gestützt sei, daß man ihr Auftreten
als lästige Störung empfinde und die von ihr angekündigte
Kritik dadurch mundtot zu machen beabsichtige, daß man „auf
schleimigste Erledigung des Gesetzeswerkes dränge“. Oetker
scheint hier die Bedeutung der neu begründeten Vereinigung
etwas zu überschätzen. Ich kann mir nicht denken, daß die
maßgebenden Kreise sich schon durch die bloße Gründung der
neuen Vereinigung und die von ihr in Aussicht gestellte Kritik
am Entwurf 25 derart haben ins Vordringen jagen lassen, daß
ihre ganzes Bestreben nur lediglich darauf gerichtet sein soll,
den Entwurf möglichst rasch unter Dach zu bringen, um die
geforderte vernehmliche Kritik mundtot zu machen und ihr
mit einer vollendeten Tatsache entgegenzutreten zu können.
Wie sieht es nun aber in Wirklichkeit mit diesem Drängen
und Gassen nach gesetzgeberischer Erledigung? Im Spätherbst
1924 brachte das Reichsjustizministerium den Entwurf in das
Kabinett; von da an ging er etwa Anfang 1925 an den Reichs-
rat und wurde gleichzeitig mit der Begründung veröffentlicht.
Den Regierungen der Länder wurde bis Ende 1925 Zeit zur
Abgabe ihrer gutachtlichen Äußerungen gelassen; soviel be-
kannt, ist bis zum Ablauf dieser Frist noch keine dieser Äuße-
rungen eingetroffen; unter diesen Umständen wird, zumal noch
der Entwurf eines Einführungs- und eines Strafbollzugs-
gesetzes fertiggestellt werden muß, wohl kaum damit gerechnet
werden können, daß der Reichsrat vor Spätherbst 1926 mit
der Beratung der Entwürfe beginnt. Ob dann die Mög-
lichkeit besteht, daß die Entwürfe schon im Frühjahr 1927 an
den Reichstag kommen, ist zweifelhaft. Wie lange sie diesen
beschäftigen werden, kann kein Mensch voraussehen. Und in
Kenntnis dieser Verhältnisse spricht man von einem „Drängen
auf schleunigste Erledigung des Gesetzeswerkes“, um den Herren
der Würzburger Vereinigung die Möglichkeit einer Kritik zu
nehmen! Was hinderte denn übrigens die Herren, auch wenn
sie noch nicht zu der Vereinigung zusammengeschlossen waren,
an dem seit Jahresfrist veröffentlichten Entwurf Kritik zu
üben? Und ist denn der Entwurf 25 eine vollkommene Neu-
schöpfung? Steht er nicht gerade in den Punkten, die Oetker
am schärfsten angreift: Freiheit des richterlichen Ermessens,
stärkere Veranschlagung der Persönlichkeit des Täters, Wesen-
sungs- und Sicherungsmaßnahmen neben der Strafe — trotz
mancher Abweichungen und Erweiterungen grundsätzlich auf
dem Boden der Entwürfe von 1913 und 1919? Zeit zur
Kritik dürfte daher wirklich gegeben sein und ist auch jetzt
noch vorhanden.
Nach Oetker ist seit den letzten Jahrzehnten des vorigen
Jahrhunderts eine Bewegung im Gange, die darauf hinzielt,
das Strafrecht zu unterminieren. Schuld und Strafe als
leeren Wahn auszuhalten, an ihre Stelle Gefährlichkeit und

Kardinal Mercier.

„Viel zu klug, um zu hassen.“
In unserer Abendnummer vom 26. Januar haben wir einen
Artikel über den verstorbenen Kardinal Mercier von
Dr. Leopold Heinemann veröffentlicht. Der Artikel hat auch
wegen der vom Verfasser eingeschloffenen persönlichen Erin-
nerungen, die sehr anziehend die geistige Bedeutung des Kardinals
zeigen, großes Interesse erregt. Der Verfasser hat, bei aller
Wertschätzung und Achtung, den Kardinal Mercier als einen
erbitterten Deutschlandschmerz bezeichnet. Dazu schreibt dem
Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ der frühere Ge-
sandte Freiherr v. d. Landen-Wadenzky, der
während des Krieges Chef der Politischen Ab-
teilung im besetzten Belgien war und im Verkehr
mit dem Kardinal sich ein genaues Urteil bilden konnte:
Mit diesem Interesse habe ich den vom Wendenblatt des
„Berliner Tageblatts“ vom 26. Januar gebrauchten Artikel über
Kardinal Mercier, Deutschlands erbitterter Feind“ ge-
lesen, insbesondere einen Teil, der den Leser fesseln läßt, daß
es sich um persönliche Erinnerungen des Verfassers an den ver-
storbenen Kirchenfürsten handelt.
Wenn ich diese Zeilen an Sie richte, so geschieht es, weil
mich — der ich aus vierjähriger Tätigkeit als Chef der Poli-
tischen Abteilung im besetzten Belgien Gelegenheit hatte, Mercier
als Gegner genau kennen zu lernen — nicht nur das Bedürfnis
objektiver geschichtlicher Wahrheit, sondern auch der Wunsch
treibt, zu zeigen, was wir Deutschen von einer Persönlichkeit
wie Mercier zu lernen haben.
Gewiß hat „keiner Deutschland mit schärferen Waffen be-
kämpft als Mercier“, gewiß hat niemand uns in Belgien und
in der Welt mehr geschadet — obwohl er das zunächst verfocht
Sanktjus, uns mit der Kurie zu entzweien, nicht erreicht hat —
aber er war nicht „Deutschlands erbitterter Hasser“. Er
war — ganz abgesehen von seinen priesterlichen Pflichten, mit

denen er es sehr ernst nahm — viel zu klug, um zu hassen,
und er wäre uns nicht so gefährlich geworden, wie er es ge-
worden ist, wenn sein Patriotismus den Einführungen des
Hafes gefolgt wäre. Er hat uns mit der unheimlichen
Charakterstärke und der unerhörtlichen Dialektik bekämpft, die
er in der langen Schulung seines Willens und seines Geistes,
seiner ganzen Persönlichkeit erlangen hatte. Er war uns
gefährlich durch seine geistige Schulung und durch das souveräne
Ansehen, das ihm seine Eigenschaften auch bei seinen politischen
Gegnern in Belgien — selbst bei den kirchenfeindlichen Liberalen
und den internationalen Sozialisten — verliehen.
Während unseres Ruhrkampfes ist mir einmal gesagt
worden: „Nur Erfolg im Ruhrkampf wäre sicher, wenn wir
dort einen Mercier hätten!“ Es ist in der Tat auch heute noch
meine Ueberszeugung, daß das Fehlen einer Persönlichkeit vom
Ausmaße Merciers daran schuld ist, wenn unser so ausichts-
voller begonnener Widerstand teils in Ermüdung, teils in unfrucht-
barer Sabotage verfiel. Freilich, hätte ein Mann vom
Schlage des Kardinals bei uns jene Unterstützung in allen
Parteien gefunden, die Mercier bei den Seinen im besetzten
Belgien fand?
Ich bedauere, als Deutscher dieses Fragezeichen setzen zu
müssen. Und noch eine Frage: Was gewinnen wir, indem
wir Mercier verkleinern, wie es in andern Blättern geschehen
ist? Die Größe unseres Gegners ist unsere Größe! Sollten wir
nicht lieber an Merciers Größe lernen, das Führerpersönlichkeit
sich nur überparteilich entwickeln können, daß aber andererseits
solche Persönlichkeiten auch nicht aus bloßen Parteirücksichten
abgelehnt werden dürfen? Wenn die jetzt in die Geschichte ein-
tretende Gestalt des Wecheler Kardinals uns diesen Grundlag
verdeutlichen könnte, so würde der tote Mercier uns mehr nützen,
als uns der lebende geschadet hat.
Mit größter Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Frhr. v. d. Lancken.